



THLEmV e.V.

Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

Thüringer Landtag  
Verfassungsausschuß

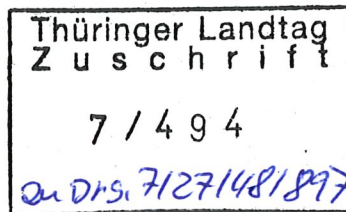
per Mail

**Den Mitgliedern des**

..... *Verf A* .....

Erster Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender



*zum Themenkomplex  
"Nachhaltigkeit"*

Rittersdorf, 17.09.2020

**Stellungnahme zum  
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von  
Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Drucksache 7/897 -**

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verfassungsausschuß des Thüringer Landtags hat in seiner 4. Sitzung am 16. Juli 2020 beschlossen, zu dem Themenkomplex "Nachhaltigkeit" im Rahmen seiner Beratungsgegenstände in einer gemeinsamen Beratung

das Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -,

das Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung des Staatsziels der Ehrenamtsförderung Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
- Drucksache 7/48 - und

das Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -

ein mündliches Anhörungsverfahren durchzuführen zu dem u. a. die THLEmV mit eingeladen wurde. Der Vorstand bedankt sich für diese Einladung, am 18. September 2020, 09:00 Uhr, kann aber aus beruflichen und anderen Termingründen leider nicht teilnehmen.

Insofern möchte der Vorstand für den **Thüringer Landesverband „Energiewende mit Vernunft – Bündnis Thüringer Bürgerinitiativen – e. V.“ (THLEmV)** zum gemeinsamen Beratungsgegenstand den Mitgliedern im Verfassungsausschuss nur eine schriftliche Stellungnahme, mit der Bitte um Berücksichtigung im Verfahren (anstatt der mündlichen Darstellung) abgeben.

1. Der THLEmV begrüßt grundsätzlich die Änderungsvorschläge im Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/897 –
2. Zu **Artikel 31 Absatz 2 ThürVerf.** wird zusätzlich angeregt und vorgeschlagen:  
zum Wortlaut *"Das Land und seine Gebietskörperschaften wirken darauf hin, dass von Menschen verursachte Umweltschäden im Rahmen des Möglichen beseitigt der ausgeglichen werden."*  
zusätzlich die vorsätzlich oder fahrlässig verschuldete Schadenswiedergutmachung im Sinne des „Verursacherprinzips“ ebenso in den grundrechtlichen Rang zu heben, damit die Eigenverantwortung für das hohe Allgemein- und Rechtsgut Umwelt in der Konsequenz gestärkt und ins Bewusstsein gerufen und durchgesetzt werden kann.  
Sonst können trotz der weitergehenden Beschreibung der Staatsziele im Verfassungsrang – weiterhin wie bisher –verursachte Schäden sozialisiert und nur die Gewinne (z. B. durch massiven "Raubbau") in Anspruch genommen werden.  
Dies trifft auch auf verursachte Altlasten und Umweltschäden jedweder Form zu.

Mit freundlichen Grüßen